

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) | Pulsnitz, M. S., Grobnaundorf, Preinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Grobnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundsätze in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moff's Zeitmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft stamenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Grobnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Grobnaundorf, Preinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Grobnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 232

Sonnabend, den 4. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Personenstands- und Betriebsaufnahme nach dem Stande am 10. ds. Mts.

Die diesjährige Personenstands- und Betriebsaufnahme ist nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz in sämtlichen Gemeinden am 10. Oktober 1930 durchzuführen.

In den nächsten Tagen werden deshalb den Grund- und Hausbesitzern für jedes Grundstück

1. für jeden Inhaber einer selbständigen Wohnung beziehentlich wenn in einer Wohnung mehrere Familien untergebracht sind, für jeden Haushaltungsvorstand ein Vordruck zu einer **Haushaltungsliste**,
2. für jede im Hause befindliche Betriebsstätte (Läden, Arbeitsstätten, Kontore, Büros, Sprechzimmer, Ateliers, Amtsräume für Behörden und Verwaltungen und dergl.) ein Vordruck zu einem **Betriebsblatt** und
3. ein **Hauslistenvordruck**, in dem von den Grundstückseigentümern sämtliche auf dem Grundstück befindlichen Haushaltungen und Betriebsstätten einzutragen sind,

zugestellt werden.

Die Haus- und Grundbesitzer oder deren Vertreter werden ersucht, die ihnen zustehenden Vordrucke zu den Haushaltungslisten unverzüglich an die Haushaltungsvorstände und die Vordrucke zu den Betriebsblättern an die Inhaber oder Vertreter der Betriebsstätten weiterzugeben.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, die ihm übermittelte Haushaltungsliste nach Maßgabe der auf Seite 1 ersichtlichen Anweisung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und **spätestens bis zum 15. Oktober 1930 mittags**, bei Zustellung nach dem 10. Oktober innerhalb 5 Tagen, von der Behädigung dieser Liste ab gerechnet, dem Besitzer des Grundstücks oder seinem Stellvertreter zu übergeben.

Die gleiche Verpflichtung haben Körperschaften, Behörden und Einzelpersonen wegen des ihnen zugegangenen Vordrucks für die Betriebsblätter.

Die Haus- und Grundbesitzer oder ihre Vertreter werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Haushaltungslisten und Betriebsblätter rechtzeitig wieder an sie zurückgelangen. Die Grundstückseigentümer oder ihre Vertreter haben die Haushaltungslisten und Betriebsblätter bezw. die verschlossenen Umschläge mit fortlaufenden, je mit 1 beginnenden Nummern zu versehen und mit der für jedes Hausgrundstück nach dem Stande vom 10. Oktober 1930 auszufüllenden und zu unterschreibenden Hausliste

spätestens bis zum 17. Oktober 1930

bei Zustellung nach dem 10. Oktober innerhalb 10 Tagen, von der Zustellung dieser Listen ab gerechnet, in der Zeit von 8-1/2 Uhr bei dem **Einwohnermeldeamte** durchsehen zu lassen und **alsdann bei dem Steueramte** einzureichen.

Die vorgeschriebenen Fristen haben die Verpflichteten pünktlich einzuhalten. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Pulsnitz, am 4. Okt. 1930.

Der Stadtrat

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab **Montag, den 6. Oktober**

von 4 1/2 auf 6 1/2 v. H.

erhöht worden sind. Beitragstabellen können an den Kassenstellen entnommen werden.

Die Vorstände

der Allgemeinen Ortskrankenkassen Pulsnitz und Ohorn und Umg.

Schwierige Verhandlungen des Reichskanzlers

Die SPD. für Fortführung der bisherigen Reparationspolitik — Die Berliner Presse zur sozialdemokratischen Entschliebung Deutschlands Recht auf ein Moratorium — Minister geben ihr Gehalt den Arbeitslosen — Dr. Goebbels für Neuwahlen in Preußen — Urteil gegen die Ulmer Reichswehroffiziere

Der Reichskanzler setzt die Besprechungen mit den Führern der verschiedenen Reichstagsparteien fort. Er empfing am Freitag vormittag den Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Scholz. Am Nachmittag wurden die Abgeordneten Mumm und Hartwig als Vertreter der Christlich-sozialen Volksdienstes empfangen und danach Vertreter der Nationalsozialisten.

In allen Unterhaltungen hat es sich im wesentlichen darum gehandelt, daß der Reichskanzler noch einmal das Regierungsprogramm erläutere und die Gründe angeführt hat, die das Kabinett veranlassen, auf dieses Programm besonderen Wert zu legen. Als Antwort auf die dringende Mahnung des Reichskanzlers an Vertreter der Wirtschaftspartei ist ein Beschluß des Parteivorstandes der Reichstagsfraktion und von Vertretern der Länderparlamente dieser Partei gefaßt worden, der zwar wesentlich Teile des Programms der Regierung billigt, aber die weitere Beteiligung der Wirtschaftspartei an der Reichsregierung von Forderungen abhängig macht. An der Spitze steht die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit dem Ziel eines Moratoriums für die Reparationszahlungen und dem Ziel einer Revision des Youngplans. Die gleiche Forderung ist vom Reichslandbund vor einiger Zeit aufgestellt. Die Deutschnationale Volkspartei hat bereits bekanntgegeben, daß nach ihrer Auffassung der Plan des Kabinetts vollständig an der Reparationsfrage und an der Außenhandelspolitik vorbeigehe. Die Deutschnationalen haben erklärt, daß sie jede Regierung unterstützen werden, die den Kampf gegen den Youngplan aufnehme, daß sie aber jede Regierung, die sich weigere, die Reparationsfrage aufzuwerfen, aufs entschiedenste bekämpfen werden. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Freitag nachmittags eine Beratung ab. — Sicher ist dem Reichskanzler nur die Unterstützung der Zentrumsfraktion des Reichstages, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei.

13. Oktober 3 Uhr erste Reichstagsitzung.

Der Reichstag ist jetzt offiziell vom Reichstagspräsidenten auf den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. In der ersten Sitzung wird unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten, des Zentrumsvizepräsidenten Herold, nur die Konstituierung des Reichstages vorgenommen. Die Wahl des Reichstagspräsidenten wird wahrscheinlich erst am 14. Oktober erfolgen. Die Sozialdemokratie erhebt Anspruch auf den Posten des Reichstagspräsidenten und hat als Kandidaten wieder den Abgeordneten

Vöbe aufgestellt. Böllig unklar ist noch die Besetzung der Posten der drei Vizepräsidenten. Nach parlamentarischem Brauch würde nach der Stärke der Fraktionen der 1. Vizepräsident den Nationalsozialisten, der 2. Vizepräsident den Kommunisten und der 3. Vizepräsident dem Zentrum zufallen.

Die S. P. D. fordert verfassungsmäßiges Regieren.

Für Fortführung der bisherigen Reparationspolitik. Gegen die Notverordnungen.

In der Freitag-Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten. Sie ist bedroht durch die kommunistische Partei. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern durch Arbeitsbeschaffung.

Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen. Die politische Unsicherheit birgt die

Gefahr künftiger politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und verhindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verzögert die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherung eines streng verfassungsmäßigen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niedergangs. Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Außenpolitik fest. Sie lehnt alle außen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören würden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen

strengste Aktivität für die großen bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlaments auch mit allen gegebenen Mitteln zu unterstützen.

Die Berliner Blätter zur sozialdemokratischen Entschliebung

Die Entschliebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von den Berliner Blättern verschieden beurteilt.

Die „Germania“ ist der Auffassung, daß die Entschliebung; die an sich schon schweren parlamentarischen Verhältnisse nicht noch schwieriger gemacht habe und die Hoffnung zulasse, einen glatten Weg zu finden.

Der „Börsenkurier“ sagt, die Entschliebung bemühe sich, Möglichkeiten positiver Mitarbeit wenigstens nicht kurzweg auszuschließen. Gleichwohl seien auch noch jetzt die Zugeständnisse an den Klassenkampfsgeist so groß, daß man kaum eine Brücke zu der Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit sehe.

Die „D. A. Z.“ bezeichnet es als interessant, daß die Entschliebung keine ernsthaften Einwendungen gegen das Regierungsprogramm vorbringe. Was die Sozialdemokratie aber vorlege sei die Halbeheit die sich aus der gesamtpolitischen Lage erkläre.

Die „Börsenzeitung“ stellt fest, daß sich die von den Sozialdemokraten aufgestellten Forderungen mit der Gesamttenenz des Regierungs-Programms nicht vereinbaren ließen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht in der Entschliebung eine entschiedene Abgabe an die Regierung Brüning und eine Drohung, mit der proletarischen Faust. Das Blatt würde es unter diesen Umständen nicht verstehen, wenn sich der Kanzler mit solchen Partnern in weitere Verhandlungen einlasse.

Das „Berliner Tageblatt“ hält es für bemerkenswert, daß die Beseitigung der von den Sozialdemokraten bekämpften Bestimmungen der Notverordnung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung verlangt werde.

Auch die „Börsische Zeitung“ sieht einen Vorteil darin, daß der parlamentarische Weg nicht versperrt werde.

Deutschlands Recht auf ein Moratorium.

Auffeherregende Rede Dr. Schachts.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt auf einem Festessen, das die deutsch-amerikanische Handelskammer und das Institut für internationale Erziehung zu seinen Ehren in Newport veranstaltete, eine große Rede über das Reparationsproblem und dessen Wirkung auf den Ausgang der Reichstagswahlen. Der Redner beleuchtete zunächst die politischen Auswirkungen des Versailler Vertrages. In der Welt herrsche allgemeines Mißtrauen. Eine Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes drohe neue soziale Unruhen herbeizuführen. Deutschland sei außerstande, sich neue Märkte zu erobern, da sich andere Völker entweder dagegen sperrten oder aber nicht kaufen könnten.

Seit der Haager Konferenz beginne der kleine Mann in Deutschland einzusehen, daß er an den Wiedergutmachungs-

